

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 13/2542 —**

CIA in Deutschland

Aufgrund eines Berichts des SPIEGEL Nr. 29/1995 vom 17. Juli 1995 über Bemühungen der Bundesregierung, die Aktivitäten des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA in der Bundesrepublik Deutschland zu reduzieren, fragen wir die Bundesregierung:

1. Inwieweit trifft der Bericht des SPIEGEL zu, der Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer habe im Auftrag des Bundeskanzlers bei einem Besuch des neuen CIA-Direktors, John M. Deutch, in der 29. Kalenderwoche 1995 darauf dringen sollen, daß die CIA ihre Aktivitäten in Deutschland verringere sowie deutschen Stellen einen großzügigeren Zugang zu den von der CIA requirierten Stasi-Unterlagen verschaffe?
2. Sofern derartige Erörterungen stattfanden, welche Ergebnisse haben sie gezeitigt?
3. Inwieweit trifft der Bericht des SPIEGEL zu, die CIA habe auch nach 1989 noch Telefone deutscher Regierungsdienststellen abgehört?
Welche Stellen betraf dies gegebenenfalls?
4. Welche geheimdienstlichen Aktivitäten in Deutschland sind durch Artikel 3 des neugefaßten Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wonach Deutschland die „Erfordernisse der militärischen Sicherheit“ von NATO-Stationierungstreitkräften zu berücksichtigen hat, nach der Interpretation dieser Regelung durch die Bundesregierung legitimiert?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Wirtschaftsspionage-Aktivitäten der CIA in Deutschland, insbesondere – wie der SPIEGEL schreibt – aus hiesigen Niederlassungen amerikanischer Konzerne?
6. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, daß die französische Regierung im Februar 1995 vier der Spionage verdächtige US-Bürger faktisch ausgewiesen hat, weil die CIA seit 1993 in Paris ein Netz u. a. von Forschungsbüros und Anwaltskanzleien aufgezogen habe, um Quellen in französischen Ministerien anzuwerben und französischen Exportinteressen zu schaden?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. Oktober 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Fragen berühren nachrichtendienstliche Zusammenhänge, über die die Bundesregierung grundsätzlich keine öffentlichen Erklärungen abgibt, und zwar unabhängig davon, ob die den Fragen zugrunde gelegten Annahmen und Vermutungen zutreffend sind oder nicht.

Wie bereits bei anderer Gelegenheit weist die Bundesregierung im übrigen erneut darauf hin, daß sie keine Tätigkeit dulden wird, die mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar ist oder die in anderer Weise deutschen Interessen zuwiderläuft.

7. Welche Erkenntnis hat die Bundesregierung hinsichtlich der Aussage im SPIEGEL, an der politischen und wirtschaftlichen Ausforschung Deutschlands durch die CIA hätten sich für viel Geld auch „Bonner Politiker“ beteiligt?

Die Bundesregierung weist die in der Frage enthaltene Unterstellung zurück.